

Reform unter Kritik

Hilde Mattheis diskutiert mit Isnryern über Gesundheitspolitik der Koalition

Isnry - Hilde Mattheis, seit 2002 Mitglied des Bundestages und stellvertretende Landesvorsitzende, Mitglied im SPD-Parteivorstand, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit und stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der Bundestagsfraktion hat auch Isnry besucht, um dort über die Gesundheitsreform und ihre Nebenwirkungen zu berichten.

Der SPD-Ortsverein hatte eingeladen und eine Reihe interessierter Bürger kam, um sich die Neulassung der Gesundheitsreform vorstellen und erklären zu lassen. Hilde Mattheis betonte, dass die SPD die Solidargemeinschaft in Form einer Bürgerversicherung beibehalten wolle, wie es im Wahlkampfprogramm im letzten Jahr stand. Die Kopfpauschale, wie sie von der Union vorgeschlagen wurde, käme bei der Bevölkerung nicht gut an, weil sie tatsächlich den Abschied von der Solidargemeinschaft bedeuten würde. Leider seien in dem Koalitionsvertrag nur sehr wenige Aussagen zur Gesundheitsreform gemacht worden. Die SPD wolle keinen Systemwechsel und habe auch keinen Plan zur Privatisierung. Das ursprüngliche Ziel der SPD, die privaten Krankenkassen mit ins Boot zu der gesetzlichen Krankenversi-

cherungen zu nehmen, lasse sich allerdings mit der CDU in der großen Koalition nicht verwirklichen. 90 Prozent der Bevölkerung seien in der gesetzlichen Krankenversicherung, 10% seien privat versichert und davon sind wiederum 60% Beamte.

Die einzelnen Krankenkassen würden die Beiträge wie bisher bei den Unternehmen einziehen und tageweise an die Gesundheitsfond-Stelle weitergeben. Von dort kämen die Gelder mit einem Fixbetrag pro Versicherten an die Krankenkassen zurück, ergänzt durch einen Risiko-Strukturausgleich für besonders kostenintensive Versicherte. Kommen nun einzelne Kassen mit diesen Einnahmen nicht zu recht, so können sie von ihren Versicherten neben den jetzt schon bestehenden Zusatzungen (beispielsweise Praxisgebühr beim Arzt, Arzneimittel-Zuschläge für Medikamente) bis zu einem Prozent der Bruttoeinnahmen als Zusatzbeitrag verlangen.

Dieser Gesundheitsfond stößt bei Hilde Mattheis auf harsche Kritik. „Dieser Gesundheitsfond muss weg. Die Pläne führen nicht zu Wettbewerb um mehr Qualität sondern zu Wettbewerb um Versicherte mit geringen Krankheitsrisiken“, wie sie schon bei der ersten Fraktionsberatung zum Thema geäußert hatte. Bei der Gesetzesvorlage hatten



Hilde Mattheis (l.) spricht vor Isnryern zur Gesundheitsreform. Die anschließende Diskussion leitete Otto Ziegler (r.).

Foto: Pöschel

40 Prozent der anwesenden Abgeordneten mit „Nein“ gestimmt oder sich der Stimme enthalten.

Bei der anschließenden leichten Diskussion zeigte sich, dass viele Bürger großen Informationsbedarf besitzen und durchaus kritische Fragen stellen. – Sie wollen verstehen, was im Bundestag beschlossen werden soll und nicht nur

wieder zur Kasse gebeten werden. Besonders Geringverdienende sind von Härten getroffen und der Wechsel zu einer anderen Kasse ist auch nicht die optimale Lösung. Hilde Mattheis zeigte sich in allen an sie herangetragenen Fragen als sehr selbstlos, hatte aber auch kein Patentrecht in der Dokumentenmappe.